

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18998. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Einigung zwischen Böser und Henniker über den Räumungsplan.

Breslau, 23. Juni. (U.) Die Verhandlungen zwischen dem General Böser und dem englischen General Henniker haben nach einer offiziellen deutschen Meldung vollständige Übereinstimmung über den Räumungsplan ergeben. Die Mitglieder des Zwölferausschusses verhandelten am Mittwoch gemeinsam mit den drei nach Oberschlesien entsandten Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien über den neuen Räumungsvorschlag. Sowohl die Mitglieder des Zwölferausschusses wie die Reichstagsabgeordneten Pohlmann, Schulte und Dr. Koeber kamen dabei zu dem Ergebnis, daß dieser Plan die beste Lösung zur Erzielung der baldigen Räumung Oberschlesiens in Übereinstimmung mit den Alliierten sei und daß von deutscher Seite nur zu wünschen übrig bleibe, daß möglichst rasch an die Durchführung herangetreten werde.

Eine französische Note.

Berlin, 23. Juni. (U.) Bei der deutschen Regierung ist eine Note der französischen Regierung eingegangen über Oberschlesien. Es wird in der Note behauptet, daß die Wünsche der Interalliierten Kommission sehr oft von den Insurgenten erfüllt worden seien und daß die polnische Regierung nicht dem Auslande diejenige Unterstützung habe zuteil werden lassen, wie die deutsche Regierung es annehme. Die polnischen Insurgenten hätten ihre guten Absichten für die Liquidation des Aufstandes bereits durch Taten bewiesen. Es kommt im Augenblick nicht darauf an, irgendwelche Ausschreitungen der Bergarbeiter in ein neues Licht zu setzen. Bei dem General Böser handle es sich um Unterwerfung. Das sei das einzige, was jetzt in dieser Lage angebracht sei.

Änderung in der Haltung Frankreichs?

Berlin, 22. Juni. (U.) Wie der Dena von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind auf französischer Seite in letzter Zeit starke Beschränkungen entstanden, daß beim Verlust des ober-schlesischen Industriegebietes für Deutschland keine finanzielle Leistungsfähigkeit den Ansprüchen, die nach dem Ultimatum gestellt werden müssen, nicht gerecht werden könne. Man hat sich auch davon überzeugen müssen, daß die Verminderung der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands durch den Ausfall der steuerlichen und sonstigen Leistungen der ober-schlesischen Industrie zirka eine halbe Milliarde Goldmark im Jahre betragen würde. Es scheint, daß diese Erkenntnis in führenden französischen Kreisen starken Eindruck gemacht hat und man deshalb erwägt, wie ein Weg zu finden sei, der die deutsche finanzielle Leistungsfähigkeit im Interesse Frankreichs erhalte, ohne dabei die Polen allzu schwer zu benachteiligen.

Deutscher Protest gegen polnische Ausschreitungen.

Berlin, 23. Juni. (U.) Der deutsche Botschafter in Paris hat am 21. Juni der Botschafterkonferenz eine Note mit Anhang übergeben, die auch den Regierungen in London und Rom mitgeteilt worden ist. Es heißt darin: Am 2. Juni haben im abgetretenen ehemaligen deutschen Gebiet in Ostrowo schwere Ausschreitungen der polnischen Bevölkerung gegen Deutsche stattgefunden. Die rund 600 000 in Deutschland lebenden Polen können nach wie vor fast uneingeschränkt ihren Geschäften nachgehen und genießen den vollen Schutz der Verfassung und der Gesetze. Dieser Schutz ist den Minoritäten durch den Vertrag von Versailles garantiert worden, fehlt aber in den abgetretenen Gebieten, wie die Vorgänge in Ostrowo beweisen. Indem die deutsche Regierung die Vorfälle in Ostrowo zur Kenntnis bringt, beehrt sie sich, die Botschafterkonferenz zu eruchen, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit eines vollständigen Schutzes der nationalen und religiösen Minderheiten gemäß dem Friedensvertrag zu lenken.

Das bayerische Parlament unter Polizeikontrolle.

München, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der gestrigen Vormittags-Sitzung des Landtages beantwortete Ministerpräsident v. Kahr die Interpellation der USP. und der SPD., die die Regierung fragen, was sie getan hat und zu tun gedenkt, um Ueberfälle auf Abgeordnete und die Sicherheit der Staatsbürger in Zukunft zu gewährleisten. Die Rede des Ministerpräsidenten Kahr gab auf diese Fragen keine Antwort, vielmehr erging sie sich in allgemeinen Phrasen und Auswüchsen, wie wir sie schon vom Ministerpräsidenten v. Kahr seit langem gewöhnt sind. Er verwahrt sich dagegen, den Mord als einen politischen Mord darzustellen und vor allem dagegen, die Regierung infolge ihrer Politik für das Verbrechen verantwortlich zu machen. Die Koalitionsparteien ließen eine Erklärung verlesen, die sich kritisch mit der Erklärung des Ministerpräsidenten v. Kahr, „keine Regierung und keine Polizei sei imstande, unbedingten Schutz gegen verbrecherische Taten zu gewähren“, bedeckte. Die Angriffe des Reichstanzlers seien das wirksamste Mittel, das Verhältnis Bayerns zum Reich zu beeinträchtigen. Die allgemeinen Sicherheitszustände in Bayern könnten einen Vergleich mit denen im übrigen Deutschland gewiß zu ihrem Vorteil bestehen. Der Ausnahmezustand müsse auch fernerhin aufrecht erhalten werden. Abgeordneter Uermann führte Beschwerde dagegen, daß er beim Eintritt in das Haus nach Waffen durchsucht wurde. Vor der Sitzung hätten Polizeibeamte den Sitzungssaal, ja sogar die Pulsfächer der Abgeordneten nach Waffen durchsucht. Diese Mittelmaßung löste minutenlangen Tumult auf der

linken Seite des Hauses aus. Es fielen Zwischenrufe: „Da hört ja jede Immunität auf. Das ist ein unerhörter Skandal.“ Erst nach einiger Zeit gelang es dem Präsidenten, sich verständlich zu machen. Er stellte fest, daß von ihm keine Weisung gegeben worden sei, daß die Abgeordneten durchsucht werden sollen. Er werde der Sache sofort nachgehen. Abgeordneter Uermann konnte dann keine Rede vorlesen. Als Abgeordneter Blumtritt (U. Soz.) ebenfalls noch einmal zurückkommt auf die Durchsuchung der Plätze der Abgeordneten durch Polizeibeamte und auf das energischste dagegen protestiert, daß sich ein Offizier der grünen Polizei erdreistete, in das Fraktionszimmer der USP. einzudringen, entsteht erneuter Tumult und Präsident Königsbauer, der den Redner unterbricht, erklärt dann, er habe den Auftrag gegeben, daß das Haus durchsucht werde, die Polizei habe in seinem Auftrag gehandelt. Diese habe allerdings auch die offenen Schubladen auf beiden Seiten geöffnet und wieder geschlossen. Das sei der ganze Sachverhalt. (Zuruf links: Schlimm genug! Zuruf bei der USP.: Hat der Kahr aber ein schlechtes Gewissen!)

Im Laufe der weiteren Debatte ergriffen noch Staatssekretär Schweyer und Justizminister Dr. Roth das Wort, die durch Ablenkungsmanöver sich aus der Affäre zu ziehen suchten. Der Justizminister Roth, unter dessen Leitung die bayerische Justiz zur schlimmsten Klassenjustiz geworden ist, erdreistete sich den Satz auszusprechen, daß die politischen Kämpfe halt machen müßten vor dem Gebiet der Justiz. Eine schlimmere Heuchelei hat sich noch kein Minister erlaubt.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages.

Berlin, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Ueber die Arbeitseinteilung des Reichstages erzählt unser Berliner Korrespondent folgendes: Die Sommertagung dürfte bis zum 7. Juli andauern. Es werden in der Hauptsache nur noch kleinere Fragen erledigt. Die ober-schlesische Interpellation ist vertagt und wird in der Sommertagung nicht mehr zur Erledigung kommen. Ebenso wird auch die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die Ausführung der Sanktionen nicht besprochen werden. Die Reichsregierung will es offensichtlich vermeiden, außenpolitische Diskussionen im Reichstage herbeizuführen. Was die sehr wichtigen Steuerfragen anbetrifft, so scheint darüber noch nicht völlige Klarheit zu herrschen. Die Regierung scheint wenigstens noch einen gewissen Steuerrahmen im Parlament durchbringen zu wollen, aber ob sie nicht in letzter Stunde noch darauf verzichtet, steht noch nicht fest. Jedenfalls soll für die Sommerferien ein Steuerausgleich gebildet werden, der die Steuerentlastungen der Regierung vorzubereiten hat, um dann in der Herbsttagung dem Reichstag die vorbereiteten Entwürfe übergeben zu können.

Zum Bergarbeiterstreik in England.

Berlin, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Ueber die Streiklage in England berichtet das Sinnesblatt, die Deutsche Allgemeine Zeitung: Nach der Westminster Gazette wissen die Kohlenarbeiterführer keinen Weg mehr aus der kritischen Lage. Der Streik erhält wieder den Charakter, dem die Führer ihm von Anfang an gegeben hatten. Ein Streik nicht so sehr gegen eine kaum zu vermeidende Lohnreduktion, als vielmehr für einen nationalen Lohnrat und eine nationale Gewerkschaft als Vorstufe für Sozialisierung und Nationalisierung. Die Hoffnung, daß der Streik sich verlaufen werde, und eine Wiederaufnahme der Arbeit in Kürze erfolgen werde, hat sich nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen als eitel erwiesen. Die Zahl der Arbeitswilligen bleibt gering und der Konflikt dauert mit allen seinen verhängnisvollen Folgen fort.

Zusammenstoß zwischen Faschisten und Sozialisten in der italienischen Kammer.

Rom, 22. Juni. (Stefani.) In der Kammerdebatte über die Antwort auf die Thronrede protestierte Mussolini gegen die deutschen Agitatoren im Trentino und erklärte: Italien ist auf dem Brenner und wird dort bleiben. Giolitti unterbrach ihn mit dem Zwischenruf: Wir sind alle einverstanden. (Allgemeiner Beifall.) Ein sozialistischer Abgeordneter sprach hierauf über die Aktion der Faschisten. Seine Rede gab zu Protesten Anlaß, die schließlich in Tätlichkeiten ausarteten, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde die Ruhe nicht mehr gestört. Den Wählern zufolge ergriff bei dem Zusammenstoß in der Kammer zwischen sozialistischen und faschistischen Abgeordneten der Arbeitsminister Labriola für die Sozialisten Partei, obwohl Giolitti ihn dringend ersuchte, neutral zu bleiben. Labriola verließ den Saal. Er soll infolge dieses Zwischenfalles seine Entlassung eingereicht haben.

Wachregiment Berlin wird aufgelöst.

Berlin, 23. Juni. Der Befehl zur Auflösung des Wachregiments Berlin, der von der Militärkontrollkommission verlangt worden war, ist bereits gestern ergangen. Dagegen trifft die Nachricht, daß auch die Übungen der Reichswehr auf den großen Truppenübungsplätzen beanstandet worden seien, nicht zu.

Verbrechertaktik.

Seitdem die kommunistische Partei sich in die Abhängigkeit der russischen Bolschewisten begeben hat, geht es mit ihr rasend bergab. Alle ihre Anhänger, die sich noch eigenes Denken bewahrt haben, werden entweder von den Puppen der Moskauer Drahtzieher an die Wand gequetscht, damit sie ihren vergleichsweise vernünftigen Einfluß nicht mehr geltend machen können, oder aber sie scheiden selbst aus der Partei aus. So erging es Levi, als er gegen den Schlag der gottvollen Politik der Turkestaner zu töten wagte, so erging es jetzt Brandler, weil er vor dem Sondergericht so etwas wie eine eigene Anschauung über die Diktatur des Proletariats zum Besten gab. Die Päpste in Moskau brauchen nur mit den Augen zu rollen, sofort sehen sich ihre Hausknechte in Deutschland in Bewegung, um der Heilsbotschaft Nachdruck zu verleihen.

Alle Bedientenhaftigkeit der „Führer“ der KPD, vermochte bisher nicht, das Wohlgefühl der großen moskowitzischen Kirchenlichter zu erwecken. Kadel, der ja selbst die Dinge aus eigener Anschauung kannte, schleuderte seinen Bannstrahl gegen die großen und kleinen Lichter der KPD., die denn sofort den mitteldeutschen Putz inszenierten. Doch auch damit vermochten sie das Gewölke nicht vom Haupte des Herrn zu verschleusen. Zwar brachte der Putz über Tausende von Arbeitern Not und Elend, zwar wütet der Schrecken der weißen Justiz in bisher nicht gekannter Weise, aber die Revolution, wie sie diese Sorte Kommunisten versteht, blüht aus. Lediglich das Bürgertum hatte seine Freude und seinen — Vorteil von den kommunistischen Aktionen. Die Kapitalisten versuchen überall, die durch die kommunistischen Aktionen geschwächte Arbeiterklasse noch mehr zu knechten. Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit sind den Angestellten und Arbeitern zugebacht. Doch der Verwirklichung dieser Pläne stellen sich mächtige Hindernisse entgegen. Die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien bieten ihre ganze Kraft auf, um die Bäume der Schatzmacher nicht in den Himmel wachsen zu lassen.

Den „Führern“ der Kommunisten paßt dies nicht in den Kram. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Konflikt gesteigert werden muß bis zum bewaffneten Zustand. Sie glauben, daß es ihnen in der dadurch verursachten allgemeinen Verwirrung möglich sein wird, die Macht in die Hände zu nehmen. Das ist eine Anschauung, die auch die schwärzesten Reaktionsäre vertreten. Der Unterschied ist nur der, daß die Reaktionen eher Aussicht haben ihre Wünsche erfüllt zu sehen, als die sogenannten Kommunisten; denn ihr Anhang hat ja alle Gewaltmittel in Händen, während sich die kommunistischen Arbeiter nur auf ihre Fäuste verlassen müssen. In ihrer Verbildung begannen daher die kommunistischen Führer einen Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen. Doch da kamen sie nicht zum Ziel. Die organisierten Arbeiter lassen nicht gestören, was sie in mühevoller Arbeit aufgebaut haben und was ihnen Schutz und Schirm ist.

Da mit geistigen Mitteln das Ziel der Gewerkschaftszerstörung nicht zu erreichen ist, greifen die kommunistischen Führer zu anderen Mitteln. Die rohe Gewalt soll ihnen helfen. Die Not der Erwerbslosen nützen sie in verbrecherischer Weise aus, nicht um den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu führen, sondern um eine Hege gegen die Gewerkschaften zu veranstalten. Die Demonstrationen vor Gewerkschaftshäusern sind das Ergebnis dieses verbrecherischen Beginns, die Prügelhosen und alles andere Widerwärtige die logische Folge.

In Berlin äußert sich die kommunistische Hege besonders drastisch. Doch mit dem Sturm auf das Berliner Gewerkschaftshaus, mit der Zertrümmerung der Wirtschaftseinrichtungen, mit der Verprügelung aller im Dienst der Arbeiterbewegung ergaunter Gewerkschaftsangehöriger geben sich die Burken noch nicht zufrieden, die in der Roten Fahne und in der Zentrale der KPD. ihre Anwesen treiben. Da sie zu dumm sind, gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit geistigen Mitteln anzukämpfen, wenden sie sich mit roher Gewalt gegen die eigenen Klassengenossen und deren Einrichtungen. Dabei sind sie noch zu feig, für ihre Taten einzustehen oder ihre Person in die Schanze zu schlagen. Sie benutzen Werkzeuge — arme, irreführende Erwerbslose, die der Hunger drückt, die nicht wissen, wo sie ein Stückchen Brot hernehmen sollen — und dokumentieren damit, daß ihr Handeln denkbar niedrigen, vorwiegend minderwertigen Motiven entspringt.

Die Vorgänge vom Montag sollen sich wiederholen. Diesmal ist aber alles so gut vorbereitet, daß die Gewähr besteht, daß die Sache „klappt“, d. h. daß es endgültig gelingt, die im Berliner Gewerkschaftshaus zusammengetragenen Werte zu vernichten. Die Burken in der Roten Fahne hegen die Erwerbslosen weiter auf, indem sie ihnen vorliegen, daß die „Demonstranten“ bei Betreten des Hauses des Gewerkschaftshauses von einer Knüppelgarde überfallen worden seien, die von Gewerkschaftsbeamten angeführt wurde, ausgerüstet mit Spiralschneidern, Gummiknüppeln, Eisenstangen und Messern, um auf die demonstrierenden